

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/170

8. September 1975

Ein Parteitag der Vernunft

Zum Münchener Kongreß der bayerischen Sozialdemokraten

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
SPD-Landesvorsitzender in Bayern und Mitglied des
SPD-Präsidiums

Seite 1 und 1a / 40 Zeilen

CDU/CSU-Eiertanz um die berufliche Bildung

Böses Oppositionsspiel mit vielen hunderttausend
Jugendlichen

Von Dr. Rolf Meinecke MdB
Stellv. Vorsitzender des Bundestagsausschusses für
Bildung und Wissenschaft

Seite 2 und 3 / 88 Zeilen

Schluß mit dem europäischen Wanderzirkus

Das EG-Parlament braucht endlich einen festen Sitz

Von Horst Seefeld MdB
Mitglied des Europäischen Parlaments

Seite 4 / 34 Zeilen

Aktuelle Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Schlüsselfrage: Unverletzlichkeit der Grenzen

Helsinki und unsere ökonomische, politische und
militärische Kraft

Seite 5 und 6 / 88 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Hauptallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressesaal 1, Zimmer 217-224
Telefon: 37 66 37 - 38
Telefax: 37 66 848 - 48 pphnd

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Ein Parteitag der Vernunft

Zum Münchener Kongreß der bayerischen Sozialdemokraten

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB

SPD-Landesvorsitzender in Bayern und Mitglied des SPD-Präsidiums

Vor dem letzten Landesparteitag gab es eine Fülle von Spekulationen personeller Art, aber auch hinsichtlich der bevorstehenden Sachentscheidungen. Da und dort war von einer Zerreißprobe, ja angesichts der Niederlage bei der Landtagswahl von einem Scherbengericht die Rede. All diese Erwartungen sind enttäuscht worden.

Der 26. Parteitag der bayerischen SPD war nicht ein Parteitag des Streits, der theoretischen Nabelschau oder gar der Frustration. Er war ein nüchterner Parteitag der Vernunft. Ein Parteitag des neuen Aufbruchs, der von manchen utopischen Vorstellungen Abschied genommen und die Kräfte auf das Realisierbare, das Notwendige und das Nächstliegende konzentriert hat: Und das ist die Bundestagswahl 1976.

In diesem Sinne hat der Münchener Parteitag zu aktuellen Sachfragen Stellung genommen. Er hat nahezu einstimmig die konjunktur- und finanzpolitischen Beschlüsse der Bundesregierung gebilligt und Helmut Schmidt der uneingeschränkten Unterstützung der bayerischen Sozialdemokraten versichert. Dieser Wille zum Zusammenrücken, zur Solidarität mit der Bundesregierung war auch sonst spürbar. So etwa bei dem Beschluß zur Radikalenfrage oder zur inneren Sicherheit, bei dem ein Antrag, den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur besseren Bekämpfung des Terrorismus abzulehnen,

mit eindeutiger Mehrheit verworfen wurde.

Konstruktiv und wohlabgewogen waren nicht minder die Personalentscheidungen. Auch hier keine Polarisierungen, sondern eine mit einer erfreulichen Verjüngung verbundene Kontinuität des Vorstandes und des Präsidiums und eine Verbreiterung der Parteilapitze, die auch in ihrer personellen Zusammensetzung nicht den geringsten Zweifel am weiteren Kurs der Partei aufkommen läßt.

In zwei Punkten hat der Parteitag Wünsche offen gelassen. Der Bezirk Niederbayern/Oberpfalz ist im Landesvorstand nicht seiner Bedeutung entsprechend vertreten. Dies bedarf bei sich bietender Gelegenheit der Korrektur. Durch Berufung eines zweiten Repräsentanten des Bezirke in das Präsidium hat der Vorstand schon einen Schritt in diese Richtung getan. Außerdem hat der Parteitag keine Stellungnahme zum Orientierungsrahmen beschlossen. Das ist aber mehr auf Zeitmangel als auf Meinungsverschiedenheiten in der Sache zurückzuführen. Auch war den Delegierten bewußt, daß sich zwei der drei bayerischen Bezirke noch in diesem Monat auf Sonderparteitagen mit dem Orientierungsrahmen beschäftigen.

So bleibt das Ergebnis: Bayerns SPD hat wieder Tritt gefaßt. Sie hat sich realistische Prioritäten gesetzt. Sie hat neues Selbstbewußtsein gewonnen. Die CSU wird es zu spüren bekommen.

(-/8.9.1975/ks/ee/pr)

+ + +

CDU/CSU-Eiertanz um die berufliche Bildung

Böses Oppositionsspiel mit vielen hunderttausend Jugendlichen

Von Dr. Rolf Meinecke MdB

Stellv. Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft

Mit einem kategorischen "Nein" zu jeder Art staatlich geregelter Finanzierung der Berufsausbildung hat der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft, Dr. Albert Probst CDU-MdB, jetzt die Arbeitnehmervertreter in der CDU/CSU-Fraktion öffentlich als gefährliche Radikale bloßgestellt. Im "Deutschland-Union-Dienst" der CDU verdächtigte er jeden, der für ein Finanzierungssystem zur Sicherung von Ausbildungsplätzen eintritt, der "Systemveränderung", der "Einführung planwirtschaftlicher Elemente in die Soziale Marktwirtschaft", der "Aushöhlung des Dualen Systems" und der "Machtausweitung gesellschaftlicher Gruppierungen". Damit hat er alle Reizworte mobilisiert, mit denen die rechtskonservativen Kreise vor allem der CSU beständig den Untergang des Abendlandes zu verhindern suchen; einen Untergang, den außer diesen Kreisen deswegen niemand fürchtet, weil Privilegien mit ihm untergehen könnten, die manchem lieb geworden sind, die den meisten jedoch - auch den CDU-Sozialausschüssen - inzwischen als unhaltbar gelten.

Die Reizworte des Abg. Probst zielten - wenn er auch den Namen nicht nannte - auf seinen CDU-Fraktionskollegen Dr. Jo Klein, der wenige Tage zuvor das sogenannte "Kieler Modell" der CDU-Sozialausschüsse wieder in die Diskussion einzuführen versuchte, aus der die Sonthofen trainierten CDU/CSU-Blockierungsspezialisten das Modell schon einmal, nämlich bei der Formulierung ihres Initiativ-Antrags zur beruflichen Bildung, ersatz- und kommentarlos hatten verschwinden lassen. Dr. Klein und seine Freunde wollen mit einem komplizierten und ohne großen personellen, bürokratischen und verwaltungstechnischen Aufwand nicht zu bewältigendem Verfahren die gesamten Kosten der beruflichen Bildung umschichten. Der CDU-Abg. Klein fühlte sich denn auch entsprechend getroffen und qualifizierte die Äußerungen des CDU-Abg. Probst als "die nicht repräsentative Meinung eines einzelnen", die nicht den Vorstellungen der Gesamtfraktion entsprechen.

Das mag schon sein, denn Vorstellungen der CDU/CSU-Gesamtfraktion zur Frage der Finanzierung der beruflichen Bildung hat es - mit Ausnahme des entschiedenen "vielleicht lieber doch nicht; jedenfalls keinen Fonds" im Initiativantrag der Opposition - bisher nicht gegeben. Es hat nur wechselnde Sprecher für alle nur denkbaren Spielarten zwischen zwei Extremen gegeben, nämlich zwischen dem entschiedenen "nichts wird verändert, das aber gründlich" der CSU und dem ebenso entschiedenen "alles wird umverteilt und das möglichst umständlich" des zuweilen von CDU-Abgeordneten öffentlich vertretenen sogenannten "Augsburger Modells". Daß dabei auch ein und dieselbe Person hin und wieder ihre eigenen - mit

Überzeugung vorgebrachten - Worte freies muß, kann da nicht erstaunen.

Historisch sieht das so aus:

Am 19. Juni 1973 erklärte Ministerpräsident Dr. Helmut Kohl im Aktionsprogramm Rheinland-Pfalz: Die Reform der beruflichen Bildung ver-
lange ein neues Finanzierungssystem; die Kosten der Berufsausbildung seien
durch eine allgemeine Bildungsabgabe auf alle privaten und öffentlichen
Betriebe zu verteilen.

Einen Monat später, am 19. Juli 1973, sagte MdB Dr. Probst auf dem
Berufsbildungs-Kongreß der CSU, man brauche eine dezentrale Fondsverwaltung
(also wohl auch einen Fonds), man müsse die kleinen Betriebe schonen, regionale
Besonderheiten berücksichtigen und große Bürokratien vermeiden.

Am 30. Mai 1975 beantragte die CDU- und CSU-Mehrheit im Bundesrat, daß
zu beschließen sei, "staatliche Soforthilfe bei konjunkturell bedingten Eng-
pässen im Ausbildungsplatzangebot ist unverzichtbar; sie kann jedoch nicht
im Berufsbildungsgesetz geregelt werden" (das ist die Position "Nichts" der
CSU), und behauptete nur zwei Sätze weiter das genaue Gegenteil: "Sollte
über das bestehende System der einzelbetrieblichen Finanzierung die steigende
Nachfrage nach Ausbildungsplätzen mit hinreichender Qualität nicht gesichert
werden können, muß nach sorgfältiger Prüfung ein geeignetes System des
kontinuierlichen Lastenausgleichs zwischen den Betrieben geschaffen werden"
(das ist die Position "Alles" der "Augsburger Modell"-Anhänger der CDU).

Wenig später, am 19. Juni 1975, beteiligte sich CDU-MdB Dr. Georg
Gölter an der Verteidigung des Initiativantrags der Opposition, in dem die
kernige Aussage steht: Finanzierung eines Tages vielleicht, jedenfalls aber
kein Fonds; im gleichen Atemzug vertritt er den Superfonds "Augsburger
Modell" mit der totalen Umverteilung, nur um fortzufahren: Und werden wir
"keiner Vorstellung zustimmen, die in irgendeiner Form zu Fondsbildungen
führt".

Die bisher letzte Pirouette in diesem Eiertanz um die Foker-Frage
"alles oder nichts" haben die Oppositionsabgeordneten Probst und Klein vor-
getanzt.

Eine klare Linie jedoch ist nur in einer Hinsicht zu erkennen: Auf
keinen Fall soll ein vernünftiger und abgewogener Mittelweg gegangen wer-
den. Ehe sich die Opposition dazu durchringt, diesen Mittelweg des Aus-
gleichs von Kosten zu akzeptieren, wird sie alle ihr erreichbaren Hebel in
Bewegung setzen und sogar die Arbeitnehmervertreter der eigenen Fraktion
mit Wörtern beschimpfen, die sie gewöhnlich nur für Jungsozialisten oder
"noch linkere" Zeitgenossen bereithält.

Die sozialliberale Koalition muß in geduldiger und gründlicher Arbeit
dafür sorgen, daß es die vielen hunderttausend Jugendlichen nicht büßen müs-
sen, die Ausbildungsplätze suchen und deren Zukunft davon abhängt, wie gut
und wie gründlich ausgebildet sie in das Berufsleben gehen können. Sie
brauchen ein neues Berufsbildungsgesetz - mit einer Finanzierungsregelung!
Und zwar bald! Ab 1976 werden geburtenstarke Jahrgänge die Schulen verlassen.
Sie fragen nicht, wer die stärksten Worte gemacht und die schönsten Modelle
entworfen hat. Sie fragen nach Ausbildungsplätzen. Sie werden allerdings zu
bewerten wissen: Die einen haben nur geredet, die anderen haben gehandelt -
man wird hoffentlich eines Tages nicht sagen müssen: Wieder andere haben ver-
hindert!
(-/8.9.1975/ka/ee/pr)

Schluß mit dem europäischen Wanderzirkus

Das EG-Parlament braucht endlich einen festen Sitz

Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

Auch in Europa geht die parlamentarische Sommerpause zu Ende. So treffen sich die politischen Fraktionen des Europäischen Parlaments in den nächsten Tagen zu ihren ersten Sitzungen, um Initiativen für die nächsten Monate vorzubereiten und über die anstehenden europolitischen Themen zu diskutieren.

Die Sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament hält ihre diesjährigen Herbststudientage im südfranzösischen Perpignan vom 10. bis 13. September ab. Neben einem Bericht, den der Fraktionsvorsitzende Ludwig Felbermaier SPD-MdB über seine Gespräche mit spanischen Sozialisten und anderen Oppositionspolitikern abgeben wird, dürfte der Gedankenaustausch über das Arbeitsprogramm der Kommission der Europäischen Gemeinschaft zu einer intensiven Aussprache mit Kommissaren der Brüsseler Behörde führen.

Wichtigster Tagesordnungspunkt ist jedoch die Prüfung der Frage des Sitzes des Europäischen Parlaments. Nach Meinung der europäischen Sozialisten bedarf es endlich einer Revision des Beschlusses der Mitgliedstaaten über die vorläufige Unterbringung bestimmter Organe und Dienststellen der Gemeinschaft, der aus dem Jahre 1965 datiert. Diese vorläufige Unterbringung, die jeden Monat ganze Dienststellen der gemeinschaftlichen Organe nach Straßburg oder Luxemburg in Bewegung setzt, hat den europäischen Steuerzahler allein im Jahre 1973 einen Mehraufwand von 5.470.000 DM gekostet.

Schon 1973 hatten die sozialdemokratischen Mitglieder des Europäischen Parlaments die Initiative ergriffen und an die Kommission Fragen gestellt, wie dieser "europäische Wanderzirkus" abgestellt werden kann. Kommissionspräsident Ortoli mochte hierauf keine eindeutige Antwort geben. Auch der europäische Ministerrat wollte oder konnte sich bis heute noch nicht festlegen, weil wohl zu viele nationale Interessen durch diese Frage berührt werden.

Die europäischen Sozialisten wollen nun ihrerseits einen neuen Anstoß für die Behandlung dieses Problems geben. Sie fragen mit Recht, wie lange sich Europa bei angespannter Haushaltslage und knapper werdenden finanziellen Mitteln in allen Mitgliedstaaten noch den Luxus der kostspieligen europäischen Karawane, die sich im festgesetzten Rhythmus zehn- bis zwölfmal pro Jahr zwischen Brüssel, Luxemburg und Straßburg bewegt, leisten kann.

(-/8.9.1975/ae/ee/pr)

+ + +

Aktuelle Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Schlüsselfrage: Unverletzbarkeit der Grenzen.

Helsinki und unsere ökonomische, politische und militärische Kraft

Unter diesen Schlagzeilen veröffentlichte "Die Volksarmee", das offizielle Organ der DDR-Streitkräfte am 25. August 1975 einen Beitrag von NVA-Oberst Heinz Lindner. Wir dokumentieren den Beitrag im vollen Wortlaut.

"Es ist keineswegs vermessen, davon auszugehen, daß die Anerkennung und die Achtung des Prinzips der Unverletzlichkeit der Grenzen das Entscheidende für den Erfolg der 'Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa' war und für die Zukunft Europas ist. Die europäische Geschichte selbst ist dafür geradezu ein unbestechlicher Lehrmeister. Waren nicht die Forderungen imperialistischer deutscher Regierungen, die Grenzen nach Norden, Süden, Westen und vor allem nach Osten auszudehnen, direkter Bestandteil der politischen Vorbereitung der beiden Weltkriege?

Wurde nicht diese Politik der Grenzrevision nach 1949 von der BRD-Regierung fortgesetzt? Jahrzehntlang weigerte sich diese Regierung nicht nur, die Staatsgrenze zur DDR anzuerkennen, sondern nährte die revanchistische Hoffnung, daß unsere Staatsgrenze zur BRD angeblich noch überprüft, verschoben und verändert werden könnte.

Ganz logisch und für jedermann verständlich ist es daher, wenn es in der gemeinsamen Erklärung des Politbüros des ZK der SED, des Staatsrates und des Ministerrates der DDR zum Verlauf und zu den Ergebnissen der 'Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa' heißt: 'Die DDR als sozialistischer Staat an der Nahtstelle der mächtigsten Bündnisysteme unseres Planeten sieht angesichts der historischen Erfahrungen in Europa in der Anerkennung und Achtung der Unverletzlichkeit der Grenzen die Schlüsselfrage unserer Zeit.'

Daß sich an der Einstellung zu dieser Schlüsselfrage die Geister scheiden - wie dies der Erste Sekretär des ZK der SED in seinem Interview 'Helsinki und wir' hervorhob -, beweisen schon die wenigen Wochen seit dem Abschluß der Konferenz.

Die Schlußakte von Helsinki als Kodex der konkreten Anwendung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen und als Sieg des politischen Realismus und der Vernunft anzuerkennen, wie es in den Stellungnahmen der Partei- und Staatsführungen der Länder des Warschauer Vertrages zum Ausdruck kommt, zeugt von einer Politik, die tatsächlich der Sicherheit der Grenzen und damit dem Frieden und den Interessen der Menschen dient. Die Schlußakte von Helsinki jedoch zum Anlaß zu nehmen, immer weiter über das Grenzproblem zu spekulieren und zu orakeln, mit dem Ziel, letztlich die Unverletzbarkeit der Grenzen in Frage zu stellen und bestimmte Staatsgrenzen einzuebnen, zeugt von einer revanchistischen Politik, einer Politik, mit der die politische Atmosphäre vergiftet wird und die nicht den Friedensinteressen der Menschen dient.

Mit Recht freuen wir uns, daß mit Helsinki ein bedeutsamer Schritt zu dauerhaftem Frieden in Europa zurückgelegt wurde. Gerade darin äußert sich mehr denn je das Anwachsen der Kräfte des Friedens. Und wenn wir von

der Leninschen Wahrheit ausgehen, daß der Sozialismus den Frieden schafft, wird mit Helsinki ansehnlich das Wachstum der Kräfte des Sozialismus bewiesen. Alles zu tun, um dieses Erstarken ökonomisch und politisch weiter zu gewährleisten und militärisch zuverlässig zu sichern, ist die logische Konsequenz, um die Schlußakte von Helsinki zu realisieren und damit den Frieden dauerhafter zu machen.

Es ist deshalb nur zu einleuchtend, daß jene ökonomische, politische und militärische Kraft des Sozialismus, die den Weg zum 'europäischen Geleit' mit ebnete, nach Helsinki weiter gestärkt werden muß. Obwohl die Grenzen in Europa nunmehr von 35 Regierungen anerkannt sind, kann man nicht übersehen, daß es noch einflußreiche Politiker gibt, die sich nach wie vor nicht mit der Entspannung abfinden, sich damit gegen die Schlußakte der Europäischen Sicherheitkonferenz wenden oder aber die Ergebnisse von Helsinki im Interesse der Reaktion auslegen. So hat sich beispielsweise die CDU/CSU der BRD auf ein totales Nein zu den Ergebnissen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa festgelegt. Damit gaben diese Kreise das Startzeichen für alle Entspannungsgegner, künftig ungeachtet der Gefahren, sich außenpolitisch zu isolieren, stärker in die Offensive zu gehen.

Aber auch der Standpunkt des SPD-Präsidiums, in dem die Möglichkeit der 'friedlichen Grenzveränderungen' gefeiert und zum Ausdruck gebracht wird, daß im Ergebnis der KSZE die Grenzen der 'Machtblöcke in Europa durchlässig geworden sind', mahnt uns zur Wachsamkeit.

Das weitere kommen wir nicht umhin, bei allen Erfolgen der Politik der friedlichen Koexistenz klar zu erkennen, daß die sozialökonomischen Ursachen von Kriegen noch nicht beseitigt und sich damit das Wesen des Imperialismus nicht verändert hat.

Der tiefgreifende Klassenunterschied, die Unterschiede der Gesellschaftssysteme zwischen Sozialismus und Kapitalismus bleiben nach wie vor bestehen. Die Weiterführung der Politik der friedlichen Koexistenz wird - wie bisher so auch künftig - ein harter Klassenkampf sein.

Die Basis für jähe Wendungen und Rückschläge im Entspannungsprozeß ist folglich mit dem Bestehen des Imperialismus und mit dem Betreiben einer unberechenbaren Politik reaktionärer militaristischer Kräfte immer noch gegeben. Die Offenheit des amerikanischen Kriegeministers Schlesinger wenige Tage vor dem Gipfel in Helsinki: 'Wir können aber unter keinen Umständen den Ersteinsatz von Kernwaffen in Abrede stellen', erhartet, daß die Entspannungsgegner, die den Erfolg von Helsinki trotz gezielter Attacken nicht verhindern konnten, auch künftig keineswegs aufhören werden, gegen den Entspannungsprozeß neue Barrieren zu errichten.

Jedes Nachlassen in unseren Anstrengungen, das Kräfteverhältnis weiter zugunsten des Sozialismus zu verändern, jedes Nachlassen in unserer militärischen Stärke, jede Verringerung der Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft, würde die europäische Sicherheit vermindern, würde sich negativ auf die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz im Weltmaßstab auswirken und wäre eine direkte Ermunterung des Gegners." (-/8.9.1975/sch/e/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller